I Einleitung

Diese Darstellung lädt dazu ein, die Idee der entschlossenen Eigen- und Widerständigkeit des demokratischen Staates Schweiz und seiner Bevölkerung im Zentrum Europas während des Zweiten Weltkriegs zu befragen. Diese Idee wurde während und nach dem Zweiten Weltkrieg als nationales Selbstbild gepflegt. Immer wenn es seither um die verbindliche politische Zusammenarbeit in einem europäischen Raum mit gemeinsamen Werten, rechtlicher Verfasstheit, menschenrechtlicher und demokratischer Positionierung ginge, aktivieren sich Abwehrbewegungen in der schweizerischen politischen Öffentlichkeit, die auch auf diese diskursive Figur zurückgreifen: In den Jahren des Zweiten Weltkriegs habe man in grösster Bedrängnis gegen faschistische und nationalsozialistische Herrschaftsansprüche bewiesen, dass die Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz durch ein freiheitsverteidigendes, verzichtbereites, solidarisches und humanitär agierendes «Volk»¹ habe bewahrt werden können. Damit habe es die Unversehrtheit des Landes und die Funktionstüchtigkeit der Wirtschaft zum Wohle einer gut situierten Bevölkerung sichern können. Diese Erfahrung weise der Schweiz den Weg für ihre gegenwärtige und zukünftige politische Situierung. Sie habe damit eine Leitlinie entwickelt, wie die Schweiz auf als

1 «Volk» ist in der schweizerischen Politik ein ideologisch hoch aufgeladener Begriff. Ist damit vorerst der «Souverän» angesprochen, also die stimm- und wahlberechtigten Bürger und seit 1971 Bürgerinnen, wird er auch identitär in einem Zugewanderte exkludierenden Sinn verwendet. Bürgerliche Parteien sprechen nach Abstimmungen auch vom «Volk», wenn sie die jeweilige Mehrheit der Stimmbewölkerung benennen wollen, die ihrer Stimmempfehlung gefolgt ist, womit sie gleichzeitig die Zugehörigkeit der unterlegenen Minderheit zum Staatsvolk in Zweifel ziehen. In diesem Kontext ist der Kommentar des SVP-Chefs Christoph Blocher zu sehen, nachdem die Romandie die Initiative «Gegen Masseneinwanderung» (<https://swissvotes.ch/vote/580.00>, 19. 5. 2024) am 9. 2. 2014 geschlossen abgelehnt hatte: «Die Welschen hatten seit jeher ein schwächeres Bewusstsein für die Schweiz» (vgl. Thomas Gutersonn: Die Westschweiz schäumt nach Blochers Urteil, SRF online, 13. 2. 2014, www.srf.ch/news/schweiz/schweiz-die-westschweiz-schaeumt-nach-blochers-urteil, 19. 5. 2014), eine Aussage, die er noch ergänzte: «Es habe hierzulande schon immer Bürger gegeben, die sich anpassen wollten, und andere, die für die Unabhängigkeit gekämpft hätten.» Raphaela Birrer, «Blocher ist unpatriotisch». In: Tages-Anzeiger online, 13. 2. 2014, www.tagesanzeiger.ch/blocher-ist-unpatriotisch-749775892694, 19. 5. 2024.

Bedrohung wahrgenommene Herausforderungen zu reagieren habe. Diese politische Argumentation verkennt, dass das heutige Europa selbst eine menschenrechtlich und demokratisch orientierte Bevölkerung aufweist, die sich für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einsetzt und ihrerseits darum ringt, politische Entitäten zu etablieren und zu sichern, die diese Prinzipien hochhalten.

Die Idee des während des Zweiten Weltkriegs geeinten «Schweizervolks», das freiheitsverteidigend, verzichtbereit, solidarisch und humanitär agiert habe, soll hier zur Diskussion gestellt werden. Es soll an Beispielen aus dem gewöhnlichen Alltag gezeigt werden, wie unterschiedlich Loyalitäten gegenüber dem Staat und Solidaritäten untereinander interpretiert wurden. Es soll deutlich gemacht werden, dass Widerständigkeit gegen staatliche Anordnungen kein Ausnahmehandeln darstellte. Es soll thematisiert werden, welche Androhungen von Zwang und Strafen für nötig gehalten wurden, um Loyalitäten und Solidaritäten zu sichern. Kurz, es soll dargestellt werden, wie Leute in ihrem Alltag im kriegsbedrohten Land handelten.

Die bisherige geschichtswissenschaftliche Forschung hat die Idee der geeinten, freiheitsverteidigenden, verzichtbereiten, solidarischen und humanitär agierenden Nation als wehrhafte, neutrale und demokratische Schweiz als ideologisches Konstrukt der Zeit während und nach dem Zweiten Weltkrieg schrittweise freigelegt. Entstanden ist aber nach wie vor keine Erzählung darüber, wie die schweizerische Bevölkerung ihren ganz normalen Alltag an die Zumutungen der Wehrhaftigkeit und des Mangels der Kriegsjahre, die sie als von der Regierung auferlegt wahrnahm, anpasste. Diese Leerstelle soll nachfolgend Thema sein, wobei das Augenmerk darauf gerichtet werden soll, wie konflikthaft die Alltagssituationen waren, wie viel Unwille, ausbleibende Solidarität, welche Zerreißproben und wie viel offener Zwang sich in den historischen Quellen rekonstruieren lassen.

Mit dieser alltagsgeschichtlichen Analyse soll also die Freilegung und Dekonstruktion² jenes ideologischen Konstrukts vorangetrieben werden, mit dem sich Teile der schweizerischen Bevölkerung nach wie vor ein stabil-selbstbezogenes Selbstbild zimmern und Teile der politischen Akteure weiterhin behaupten, einen Rückhalt in der Bevölkerung für ihr isolationis-

2 Der Begriff ist in den Ausführungen Cullers (1988) und Butlers (1991) verortet und zielt auf die systemische Analyse von Begriffs- beziehungsweise Konzeptsystemen.

tisches, unsolidarisches sowie wirtschaftlich elitäres und ausbeuterisches Handeln zu haben. Damit wird sich gleichzeitig zeigen, welche historische und politische Brisanz einer Alltagsgeschichte innewohnen kann.

Die Freilegung des alltäglichen Lebens in den Kriegsjahren setzt die Dekonstruktion des ideologischen Konstrukts von im Wehrwillen, in den demokratischen und rechtsstaatlichen Überzeugungen geeinten Gesellschaft und Staat fort, die die Geschichtswissenschaft seit Jahrzehnten in mehreren Wellen vorangetrieben hat. Um die Bedeutung einer alltagsgeschichtlichen Herangehensweise deutlich zu machen und die Ausgangslage für die hier behandelten alltagsgeschichtlichen Themen zu schaffen, werden im Folgenden die Etappen dieser Dekonstruktion und damit der Stand dieser Bemühungen knapp dargestellt. Im Anschluss werden die historischen Themen vorgestellt, an denen die Analyse des Handelns der Bevölkerung exemplarisch vorgenommen werden soll. Diese Themen werden in drei Kapiteln behandelt. Abschliessend wird, gestützt auf die präsentierten Befunde, die These der geeinten wehrhaften und solidarischen Bevölkerung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg noch einmal aufgenommen, bevor die Ergebnisse der Untersuchung bilanzierend bewertet werden.

1 Historische Erzählung jenseits geschichtskultureller ideologischer Konstruktion

Der Alltag der schweizerischen Bevölkerung in den Jahren des Zweiten Weltkriegs ist also Gegenstand dieses Buches, und zwar mit der Absicht, die ideologische Figur eines solidarischen, zum erbitterten Widerstand entschlossenen Volkes im von kriegerischen Auseinandersetzungen bedrohten Land herauszufordern, eine Figur, die bereits gegen Ende des Krieges und unmittelbar danach als historische Erzählung über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg entworfen und mit der fortschreitenden Forschung und geschichtskulturellen Diskussion schrittweise abgewandelt worden ist. Um diese historische Erzählung und diese ideologische Konstruktion geht es hier. In den bald 80 Jahren seit der Kapitulation der deutschen Armee und der überbordenden Freude und Erleichterung über das Kriegsende in Europa hat sich die Geschichtswissenschaft in mehreren Etappen an diesem ideologischen Konstrukt abgearbeitet, allerdings, wie hier sichtbar werden soll, keineswegs erschöpfend.

Die Ideologie der entschlossenen Widerständigkeit der kleinen Demokratie im Zentrum Europas, die einen Einbezug in die Kriegshandlungen verhindert habe, diente in der Phase des Kalten Krieges vor allem der Stabilisierung der herrschenden Nachkriegsordnung in der Schweiz, die in mannigfacher Hinsicht Hierarchien, Ideologien und Machtverhältnisse der (Vor-)Kriegsjahre fortsetzte.³ In ihr wurde das Primat der Armee gegenüber der Zivilgesellschaft auch in Friedenszeiten damit begründet, dass sie – mit «Gott, Gotthard und Guisan» – den von kriegführenden Staaten umgebenen Kleinstaat vor den kriegerischen Verwicklungen bewahrt habe.⁴ Damit wurde das Denken in Szenarien der Bedrohtheit weiter gepflegt, das gegebene und «bewährte» Strukturen stützte und den kritischen Blick sowohl auf das Handeln in den Kriegsjahren als auch auf aktuelle Herrschaftsmechanismen schwächte, ja als unpatriotisch diffamierte.⁵

3 König 1998, S. 60–82.

4 Tanner 2015, S. 288. Henri Guisan war der vom Parlament gewählte General und damit Oberbefehlshaber der schweizerischen Armee in den Jahren des Zweiten Weltkriegs, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/019083/2020-02-10>, 18. 5. 2024.

5 Dies bekamen nicht nur linke und weltoffene Beobachtende zu spüren, auch die Frauenbewegung mit ihrer Forderung nach dem Stimm- und Wahlrecht für Frauen geriet schnell ins Visier der «Vaterlandsverteidiger». Vgl. etwa Broda/Joris/Müller 1998.

In den Achtzigerjahren des 20. Jahrhunderts begann sich ein Revisionismus durchzusetzen, der als Begründung für das Ausbleiben von Kriegshandlungen auf neutralem Schweizer Boden im Zweiten Weltkrieg nicht mehr oder nicht zentral die militärische Verteidigungsbereitschaft anführte.⁶ Weitreichende, aber noch nicht zu einem alternativen Narrativ verdichtete Forschungen hoben die weitgehende Funktionalität der schweizerischen Wirtschaft für die deutsche Kriegsmaschinerie hervor, was eine Eroberung des Territoriums obsolet gemacht habe. Mit dieser Deutung setzte ein massiver Bedeutungs- und Machtverlust der Armee in der schweizerischen Gesellschaft und Politik ein. Und nicht nur das: Die Erkenntnisse betreffend die von breiten Kreisen der Wirtschafts- und Politikelite getragene Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich brachten den Mythos des über alle Interessen und Schichten geeinten, solidarischen und Widerstand leistenden «Volkes» zum Einsturz.

Daraus empor stieg eine neue Variante der ideologischen Figur, diejenige der Teilung zwischen der Widerstand leistenden, «einfachen» schweizerischen Bevölkerung und den schweizerischen Eliten, die Kriegsgewinne gewittert und im Nationalsozialismus nicht nur die feindliche Diktatur, sondern auch Züge eines erstrebenswerten ständestaatlichen Herrschaftsmodells erkannt hätten.⁷

Doch sind die wirtschaftlichen Verbindungen und die politischen Mächtigkeiten dieser Eliten und deren Wirken in der Nachkriegszeit trotz der Arbeit der Bergier-Kommission⁸ und ähnlicher Forschung seither nur punktuell und exemplarisch aufgearbeitet worden.⁹ Immerhin sind in jüngster Vergangenheit die Aktivitäten des grössten Waffenhändlers der Schweiz, Emil Georg Bührles (1890–1956), und das Netzwerk seiner Unterstützer und der ihm gleich Gesinnten ein Stück weit erhellt worden.¹⁰ Denn die Über-

6 So etwa Heiniger 1989.

7 Vgl. Jost 1998, S. 7.

8 www.uek.ch/de, 20. 6. 2023.

9 Werner (2000) etwa hat einige Zusammenschlüsse von Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Publizistik zwischen 1928 und 1947, die gesellschaftspolitisch Einfluss nahmen, untersucht.

10 *Bührle Saga* (1981, 2. Auflage 1986) von Ruedi Christen et al. wurde noch nicht breit rezipiert. In diesem Buch wurde zum ersten Mal die Verbindung zwischen Waffenproduktion und -export und dem Aufbau der Gemäldesammlung hergestellt. Die

führung von Bildern der Sammlung Bührle¹¹ in den Neubau des Zürcher Kunsthauses¹² 2021 löste vor allem wegen der verschleiernenden historischen Einordnung auf der Basis einer völlig ungenügenden Provenienzforschung¹³ durch die Stiftung Sammlung E. G. Bührle einen Skandal aus.¹⁴ Infolgedessen ist der Zürcher Waffenhersteller und -händler mit seinem gigantischen Vermögen und dem damit ermöglichten Aufbau einer weltweit beachteten Gemäldesammlung in den Fokus der öffentlichen Diskussion um die Frage von Raub- und Fluchtgut beziehungsweise von «NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern»¹⁵ gerückt.¹⁶ Unter grossem öffentlichem Druck und begleitet von der Wellen schlagenden Diskussion um die 2017 in Auftrag gegebene und 2020 der Öffentlichkeit präsentierte Begleitforschung wurde die Ausstellung vorübergehend geschlossen.¹⁷ Eine neue Leitung des Kunst-

Mitautoren Dölf Duttweiler und Res Strehle haben aus aktuellem Anlass 2021 eine ergänzte Ausgabe publiziert.

- 11 www.buehrle.ch/geschichte/die-stiftung, 28. 5. 2024.
- 12 Sabine von Fischer: In Zürich kritisiert, international gelobt: David Chipperfield gewinnt den Pritzkerpreis, *Swissinfo*, 7. 3. 2023, 17.00 Uhr, www.swissinfo.ch/ger/kultur/in-zuerich-kritisiert-international-gelobt-david-chipperfield-gewinnt-den-pritzkerpreis/48338486, 28. 5. 2024.
- 13 2015 machten Thomas Buomberger und Guido Magnaguagno die problematische Provenienz der Bilder der Sammlung Bührle zum Thema. Buomberger/Magnaguagno 2015.
- 14 Die Ausstellung wurde daraufhin vorübergehend geschlossen. Vgl. zum Beispiel Ellinor Landmann: Kunsthaus Zürich – Umstrittene Bührle-Sammlung: Transparenz geht anders. Wo geht's zur Provenienz? Das Zürcher Kunsthaus zeigt die Bührle-Bilder wie Prunkstücke. Aber den historischen Kontext muss man suchen. *Radio SRF 2 Kultur, Kultur Aktuell*, 6. 10. 2021, 17.10 Uhr, www.srf.ch/kultur/kunst/kunsthaus-zuerich-umstrittene-buehrle-sammlung-transparenz-geht-anders, 28. 5. 2024.
- 15 Keller 2021, S. 74–87, zum Begriff S. 84 f. Die lang anhaltende hartnäckige Weigerung, die Bilder auf ihre Eigenschaft als «Fluchtgut» zu überprüfen, hat im Frühjahr 2024 erneut Negativschlagzeilen produziert. Mit einer geänderten Provenienzabklärung durch das Kunsthaus Zürich und auf grossen öffentlichen Druck hin mussten fünf Bilder der Sammlung abgehängt werden, www.swissinfo.ch/ger/sammlung-b%C3%BChrle-sucht-nach-l%C3%B6sungen-f%C3%BCr-mehrere-fluchtgut-werke/80658724, 28. 6. 2024.
- 16 Die Geschehnisse um das Kunsthaus Zürich und die Stiftung Bührle haben zudem den Anstoss für eine breite Diskussion zum Umgang mit NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern in der Schweiz gegeben. Doll 2024.
- 17 Die Begleitforschung stand unter der Leitung des ausserordentlichen Professors für Geschichte der Neuzeit und Schweizer Geschichte an der Universität Zürich, Matthieu Leimgruber. Der Bericht wurde in der Version von 2021 auf die Website der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte hochgeladen. Im

hauses Zürich beziehungsweise die Leitung der Stiftung Sammlung Bührle versprach, mit der Einsetzung eines wissenschaftlichen Beirats, der Überarbeitung des Ausstellungskonzepts, insbesondere hinsichtlich der Provenienz der Bilder und der historischen Einordnung ihres Erwerbs durch E. G. Bührle, und einem neuerlichen Bericht, diesmal über die von der Stiftung vorgenommene Provenienzforschung, den Umgang mit der Sammlung und die Ausstellung auf eine solide Basis zu stellen. Nachdem auch die Wiedereröffnung der Ausstellung 2023 trotz überarbeiteter historischer Kontextualisierung mit einem Paukenschlag – der wissenschaftliche Beirat trat vorgängig zurück – vonstattengegangen war, kritisierte ein neuerlicher Bericht von Raphael Gross die stiftungseigene Provenienzforschung scharf¹⁸ und die Debatte um die intransparente Politik von Stiftung und Stadtbehörden flammte erneut auf.¹⁹

gleichen Jahr erschien die Publikation von Erich Keller und veröffentlichte Daniel Binswanger seine dreiteilige Recherche in der «Republik». Daniel Binswanger: Der Kunsthaus-Deal. Bührle-Connection, Teil I. *Republik*, 9. 10. 2021, www.republik.ch/2021/10/09/serie-buehrle-connection-teil-1-der-kunsthaus-deal; ders.: Die Bührle-Blackbox: Aufklärung erwünscht. Bührle-Connection, Teil II. *Republik*, 19. 10. 2021, www.republik.ch/2021/10/19/serie-buehrle-connection-teil-2-die-blackbox; ders.: Zürich forscht. Bührle-Connection, Teil III. *Republik*, 6. 11. 2021, www.republik.ch/2021/10/19/serie-buehrle-connection-teil-3-zuerich-forscht, alle eingesehen am 7. 2. 2025.

18 Gross 2024.

19 Keller spricht deshalb vom «kontaminierten Museum». Keller 2021, zum Begriff S. 147 f. Neben dem problematischen Ausstellungsgut erhitzt auch die Tatsache die Öffentlichkeit, dass die verschleierte Vorgehensweise von Stiftung, Kunsthausgesellschaft und Stadtbehörden den zürcherischen Steuerzahlenden einen wesentlichen Anteil der durch die Sammlung verursachten Kosten aufbürdet. Die Kosten beginnen bei den entgangenen Vermögenssteuern Bührles durch die Steuerbefreiung der Sammlung mit ihrer Überführung in eine Stiftung. Sie setzt sich fort bei den Aufwendungen für den Neubau. Die weitere Entwicklung zeigt zudem, dass nicht einmal die Kosten für den Betrieb des Hauses beziehungsweise der Ausstellung korrekt berechnet worden waren, was bedeutet, dass erneut Zusatzkredite gesprochen werden müssen. Philipp Meier: Das Kunsthaus Zürich schreibt rote Zahlen. NZZ online, 21. 5. 2024, 17.47 Uhr, www.nzz.ch/feuilleton/das-kunsthaus-zuerich-schreibt-tiefrote-zahlen-ld.1831289. Philipp Meier: Kommentar: Das Defizit des Zürcher Kunsthauses und die rückläufigen Eintrittszahlen sind ein Debatte. NZZ online, 23. 5. 2024, 5.30 Uhr, www.nzz.ch/meinung/kunsthaus-kommentar-ld.1831478, 28. 5. 2024. Vgl. auch den Medienspiegel von 2017 bis 2023, www.fsw.uzh.ch/de/personenaz/lehrstuhlleimgruber/Forschung/B%C3%BChrle.html, 28. 5. 2024.

Die begleitende Auftragsforschung wandte sich unter anderem dem schweizerischen Netzwerk zu, das sich Bührle aufgebaut und das seine Waffenlieferungen an die Nationalsozialisten und seine teils illegalen Waffengeschäfte in der Nachkriegszeit ebenso wie seine Kontakte zur Zürcher Kunsthausszene begleitet und gestützt hatte.²⁰ Gleichzeitig betonte sie, wie wichtig die vertiefte Erforschung dieser konservativen und rechtsnationalen Netzwerke in Zürich wäre.²¹ Die skandalösen Begleiterscheinungen der Übernahme der Bildersammlung durch das Kunsthaus haben zudem deutlich gemacht, wie stark die zürcherischen Traditionslinien bis in die Gegenwart hinein sind. Die historische Beurteilung der Tätigkeiten Bührles, der enorme Nutzen, den der Waffenfabrikant für seine Exporte aus der Unterstützung durch die Schweiz zog,²² die Herkunft der Gemäldesammlung und die problematischen Absprachen zwischen der Stiftung und den zürcherischen Behörden führten schliesslich Jakob Tanner und Jacques Picard dazu zu verlangen, dass die Bilder der Sammlung dem Kunsthaus geschenkt werden sollten,²³ während Raphael Gross eine gross angelegte Forschung zur Provenienz sehr vieler dieser Bilder fordert.²⁴

Trotz der mit der Forschung zu Bührle erneut deutlich gewordenen ambivalenten Positionierungen und Interessenlagen von Elitenangehörigen

20 Leimgruber 2021; Keller 2021. Die Einflussnahmen der Auftraggeber führten zur Verschleierung von Bührles antisemitischer Haltung und seiner Mitgliedschaft in einem Freicorps 1919, was Keller bewog, aus der Auftragsforschung auszusteigen. Keller 2021, S. 66–69. Zu Bührles Mitgliedschaft in einem Freicorps vgl. Hafner 2015, S. 38 f.

21 Als wegweisend bezeichnen die Forschenden die Studie zum Berner Konservativismus von Rieder 2008. Wichtige Hinweise auf erhebliche Spannungen zwischen offen deutschfreundlichen und rechtskonservativen Kreisen und auf eine mögliche Funktion von Bührle als Buhmann, hinter dem sich andere kompromittierte Vertreter des industriellen und Bankenbürgertums verstecken konnten, liefert der kurze Text von Jost 2015.

22 Vgl. Jost 2015, S. 18 f.; Hafner 2015, S. 54–59.

23 Jakob Tanner, Jacques Picard: Die Bührle-Sammlung sollte dem Kunsthaus geschenkt werden, Tages-Anzeiger online, 15. 11. 2023, 11:33, www.tagesanzeiger.ch/buehrle-kunsthhaus-zuerich-sammlung-sollte-dem-kunsthhaus-geschentkt-werden-823939793559, 28. 5. 2024; Andreas Tobler: Reaktionen auf Kunsthaus-Debatte. Linke Parteien sind für Schenkung der Bührle-Sammlung an Kunsthaus, Tages-Anzeiger online, 25. 11. 2023, 06:00, www.tagesanzeiger.ch/reaktionen-auf-kunsthhaus-debatte-linke-parteien-sind-fuer-schenkung-der-buehrle-sammlung-an-kunsthhaus-265876238365, 28. 5. 2024.

24 Gross 2024, S. 136 f.

und Angehörigen der eidgenössischen Politik ist in der geschichtskulturellen Diskussion ein kruder und wertbeladener Antagonismus von «Anpassung oder Widerstand»²⁵ wirksam geblieben, der den historischen Handlungsoptionen nur holzschnittartig gerecht werden kann. Eine Gesamtbeurteilung des «Eliten»-Handelns – insbesondere jenseits dieses stets bemühten Antagonismus – wie diejenige Tanners²⁶ ist nicht wirklich ins schweizerische Selbstverständnis eingedrungen und hat noch kaum weitere Forschung ausgelöst.

Das «geeinte und solidarische, einfache» Volk, also der andere Teil der jüngsten Version der ideologischen Figur «widerständiges Volk – anpassungsbereite Eliten», hat noch weit weniger kritische Forschungsaufmerksamkeit erfahren als die «kompromisslerischen» oder gar «anpasslerischen» Eliten. Dazu passt, dass gesellschaftliche Konflikte in den Kriegsjahren kaum Eingang ins schweizerische Narrativ gefunden haben. So betont Matthieu Leimgruber, dass es angesichts des bedeutenden sogenannten wilden Streiks bei der Bührle-Waffenfabrik, der Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon, 1940 gelte, die geschichtswissenschaftliche Mär «eines während des Zweiten Weltkriegs stabilen Arbeitsfriedens in der Schweiz» zu beerdigen.²⁷

Der bedeutsame Ansatz, Stimmen aus diesem «einfachen» Volk im Erinnerungsmodus in die Öffentlichkeit zu tragen,²⁸ hat zwar ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass die Lebenssituationen der späteren Zeitzeuginnen und Zeitzeugen während des Krieges sehr unterschiedlich gewesen waren. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass diese Zeitzeugen die Nachkriegsdiskurse über die Zeit des Zweiten Weltkriegs rezipiert, viele von ihnen den geschichtskulturell aufgebauten Mythos einer wehrhaften Neutralität zu guten Teilen verinnerlicht hatten und ihre Erzählungen auch von

25 Alice Meyer (1965), die das Begriffspaar in ihrem Buch ausführlich bearbeitete, sah die Anpassung noch von wenigen politischen Verrätern initiiert, gegen die sich die Schweiz im Widerstand sammelte.

26 Tanner 2015, S. 288–292.

27 Leimgruber S. 61–64, Zitat S. 64. Koller (2008) und Degen (2012) erwähnen den Streik. Christen 1981, S. 53–55.

28 «L'histoire c'est moi» (www.archimob.ch/f/ausstellung.html, 28. 6. 2023) war eine Ausstellung, die auf der Grundlage von 555 Interviews gestaltet worden war. Sie wurde zwischen 2004 und 2008 in elf Städten gezeigt. Die Interviews waren im Rahmen des Projekts Archimob geführt und aufgezeichnet worden, www.archimob.ch/f/archimob.html, 28. 6. 2023. Davor erschien eine kleine Sammlung von Ausschnitten aus Interviews, die auf Initiative des *Schweizerischen Beobachters* entstanden (Chiquet 1992).

ihrer Positionierung in den zur Zeit der Interviews stattfindenden Debatten eingefärbt waren. Insbesondere dokumentierten sie, dass den erlebten Kriegsjahren ein Sinn der Zugehörigkeit zur nationalen Widerstandsgesellschaft unterlegt wurde. Diese Deutung brachte die Unterschiedlichkeit der Erzählungen ein Stück weit zum Verschwinden und verhinderte, dass konfliktvolle Situationen und Entscheidungen erzählt wurden.²⁹

Man könnte die Erwartung formulieren, dass, anders als die Geschichte der Schweiz, die zahlreichen neuen Kantonsgeschichten³⁰ aufgrund der unterschiedlichen geografischen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situationen der jeweils thematisierten Kantone ein Stück weit die ideologische Figur des geeinten und einheitlichen Schweizer Volks wenn nicht auflösen, dann doch befragbar machen würden. Immerhin stellte sich die Lebenssituation in den grossen Städten anders dar als in agrarischen Gebieten, Grenzregionen erlebten die Kriegsjahre anders als etwa die Innerschweiz usf. In der Tat macht der Vergleich der Kantonsgeschichten sehr deutlich, wie unterschiedlich die Lebenssituationen und Betroffenheiten der Bevölkerungen der einzelnen Kantone beschrieben werden.³¹ Bezüglich ergänzender Aussagen zur Figur des geeinten und solidarischen Volkes entsteht allerdings ein ambivalentes Bild. Dies hat damit zu tun, dass diese Kantonsgeschichten ihren Gegenstand mit unterschiedlichen theoretischen Zugängen und aus unterschiedlichen historischen Perspektiven betrachten und für ihre Darstellungen unterschiedliche Ordnungsprinzipien anwenden. Des Weiteren ist die Darstellung geprägt von den unterschiedli-

29 Die Geschichtsdidaktikerin Nadine Fink, die Genfer Schulklassen in die Ausstellung begleitete und mit den Schülerinnen und Schülern Gespräche führte, vermerkt abschliessend, dass diese zwar die Varietät der Lebenssituationen der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen im Krieg wahrgenommen hatten, dass aber sowohl die Erzählungen der Interviewten als auch diejenigen der Schülerinnen und Schüler stark geprägt sind vom Bedürfnis, Sinn herzustellen, einen Sinn, der Identität mit nationaler Zugehörigkeit verknüpft (Fink 2014, S. 241–245). Zu den Zeitzeugeninterviews siehe S. 29–30.

30 Mit «neuer» sind Kantonsgeschichten gemeint, die während oder nach den Forschungen der Bergier-Kommission, also seit rund 2000, entstanden sind.

31 Konsultiert wurden unter anderem die Geschichten der Kantone Aargau (Gautschi 1978), Bern (Junker 1996), Genf (Perroux 2014), Graubünden (Jäger 2000), Schaffhausen (Wipf 1999), Schwyz (Horat 2012), Solothurn (Schluchter 2018; Heim 2018, S. 55–79), St. Gallen (Lemmenmeier 2003), Uri (Aschwanden 2015), Wallis (Fibicher 1993) und Zürich (König/Kurz/Suter 1994); ausserdem die Publikation zum Kanton Graubünden in den Kriegsjahren von Ruch (2023).

chen Ressourcen, welche Kantons- und andere Archive herzugeben vermögen. Trotzdem wird deutlich, dass die geografische Lage des Kantons, seine wirtschaftliche Situation vor dem Krieg und seine politischen Traditionen die Darstellung der Kriegsjahre wesentlich prägen. So repräsentieren die Kantongeschichten vor allem eine föderalistische Wahrnehmung der Kriegsjahre.

Nicht nur wegen der Regionalität von Kantongeschichten, sondern auch weil sie zumeist in den Nullerjahren des 21. Jahrhunderts entstanden sind, war die Erwartung geweckt, dass neue, polifone Perspektiven in die Darstellung aufgenommen worden wären, die der Vielfalt von Lebenszusammenhängen und Umständen der Bevölkerung im Krieg gerecht würden. Es zeigt sich aber, dass mit den Kantongeschichten die Figur des geeinten und solidarischen Volkes auf der Ebene individueller Interessen, Werthaltungen und Verhaltensweisen kaum angesprochen und damit befragbar wurde. Ausserdem ist selten ein expliziter Bezug auf in der Geschichtswissenschaft (kontrovers) diskutierte Fragen auszumachen.³² Vielmehr herrscht ein «Bericht erstattender» Ton vor, in welchem Ergebnisse bisheriger Forschungen im Duktus einer Fortschrittsgeschichte berichtet werden. Häufig sind die Kantongeschichten in gesellschaftsgeschichtliche Bereiche mit administrativem Blick auf Wirtschaft, Politik, Sozialpolitik etc. gegliedert und fokussieren allenfalls Grossgruppen, deren Situation und seltener deren Handeln sichtbar gemacht werden, etwa «die Sticker», «die Urner Bauern nach der Vernebelungsaktion», die «Reichen in den Städten Zürich, St. Gallen und Basel auf der Flucht ins Innere des Landes im Mai 1940» usf. Damit ist freilich das Zoom schon deutlich grösser als in der nationalgeschichtlichen Literatur. Doch wird zur Frage, die hier aufgeworfen wird, der Frage nach der Gültigkeit der Idee des solidarischen, am Gemeinwohl orientierten Handelns der Bevölkerung, kein systematisches Bild entworfen.³³ Deshalb lässt sich auch auf der Grundlage der Kantongeschichten kaum eine Aussage wagen.

32 Eine Ausnahme stellt die St. Galler Geschichte dar.

33 Die 2023 erschienene Arbeit *Graubünden und der Zweite Weltkrieg* von Christian Ruch ist in gewisser Hinsicht eine Ausnahme. Nicht nur thematisiert sie den «Alltag im Ausnahmezustand», sondern dokumentiert immer wieder spannungsgeladene Verhaltensunterschiede unterschiedlicher Berufsgruppen, Kleinregionen, Gemeinden und der Kantonsregierung. Allerdings wird die Frage nach Solidarität und Gemeinwohl nicht explizit diskutiert. Basis sind neben eidgenössischen und kanto-

Die Beiträge zu den Kantonen im *Historischen Lexikon der Schweiz* (HLS),³⁴ die in den letzten rund zwanzig Jahren verfasst wurden, sind nicht aufschlussreicher. Häufig weisen sie keinerlei Passagen zu den Kriegsjahren auf und wenn, dann am ehesten zur parteipolitischen Kräfteverteilung oder zum Aufkommen von Fronten- beziehungsweise nationalsozialistischen Gruppierungen. Zudem sprechen in diesem Zusammenhang nur die Autoren und die Autorin des Artikels über den Kanton Aargau deren soziale Trägerschaft an: «Rechtsbürgerliche Kreise sympathisierten zum Teil offen mit dem Nationalsozialismus, doch kamen rechtsextreme Parteien (Nationale Front nach 1933) nie über einzelne Sitze hinaus.»³⁵ Ausser an dieser Stelle stellen sonst in den Kantongeschichten auffallend durchgängig die «Fröntler» und die «Nazis» einen vom «Volk» abgespaltenen Sonderfall dar. In den meisten Texten tauchen diese Gruppierungen Ende der Zwanziger-, Anfang der Dreissigerjahre auf, meist aus dem Nichts, und es wird betont, dass sie nie eine relevante Grösse wurden; ausserdem gewinnen sie keine Konturen als Teil der Bevölkerung.

Ein wichtiger Impuls zur Reflexion über das geeinte und solidarische Volk hätte von der Geschlechtergeschichte aufgenommen werden können. Mit ihr wurde kritisiert, dass sich die historische Erzählung, soweit sie die Bevölkerung betraf, noch bis gegen die Neunzigerjahre an einer anscheinend alles verändernden Mobilmachung der männlichen Erwerbstätigen festmachte. Sie stellte dem die «immobilisierten Frauen»³⁶ entgegen. Damit wurde deutlich, dass die Kriegsjahre von Frauen und von Männern

nalen amtlichen Quellen auch die bündnerische Presse und Erinnerungen aus der Bevölkerung.

34 <https://hls-dhs-dss.ch/de>, 17. 7. 2023.

35 Steigmeier et al. 2018. Für den Kanton Graubünden nimmt Georg Jäger (2000, S. 325) den Antagonismus zwischen Eliten und Bevölkerung auf, wenn auch abgeschwächt: «Verbreiteter Widerstandswille in der Bevölkerung und Übergabementalität einiger politischer und militärischer Führungskräfte kennzeichneten die Gewichte in der öffentlichen Meinung. Dazu kamen die Umtriebe organisierter Frontistenkreise und einiger einheimischer Anhänger, deren Anzahl gemäss einem amtlichen Bericht der Bündner Regierung allerdings gering war.»

36 Pavillon 1989. Der Titel tritt gegen die historiografische Vorstellung an, wonach der moderne Krieg Frauen zu sozialer Mobilität verholfen habe, indem sie über die Besetzung «männlicher» Arbeitsplätze den Weg in eine gesellschaftlich eigenständige Existenz angetreten hätten, eine Sicht, die höchstens für die vorübergehende Situation im Krieg vertreten werden kann, aber als Fortschrittsnarrativ im Hinblick auf die Frauenemanzipation widerlegt ist.

unterschiedlich erlebt wurden. Die Geschlechtergeschichte zeigte derart, dass sich unterhalb des Redens über das «solidarische Volk» eine wenig erforschte Geschlechterspezifität des Lebens verbirgt. Diese Differenz wurde wiederum zur These zugespitzt, es habe sich in den Kriegsjahren eine Hierarchie zwischen einer militärisch-politischen männlichen Welt und einer zivilen weiblichen Gesellschaft entwickelt.³⁷ In der Tat: Dass in den Kriegsjahren die (männliche) Armee mehr galt als die Zivilgesellschaft, ist nicht nur durch Christof Dejung's Untersuchung gezeigt worden.³⁸ Das Denken und Reden der Kriegs- wie der Nachkriegsöffentlichkeit war von dieser Hierarchie durchdrungen.³⁹ Auf der Ebene der Diskurse lässt sie sich also in vielfältiger Weise festmachen.⁴⁰ Aber sozial- und kulturgeschichtlich stimmt das Bild der geschlechterhierarchisierten Schweiz zu Ungunsten der «zivilen Frauen» im Krieg nur bedingt: In ihren individuellen Erfahrungen erlebten Frauen in den Kriegsjahren teilweise vorübergehend eine Erweiterung ihrer Handlungs- und Verantwortungsspielräume und Männer erfuhren als Soldaten eine drastische Beschneidung ihrer Autonomie und erlebten teilweise viel Unbill in ihren Lebensumständen.⁴¹ Gleichzeitig funktionierte die Hierarchie zwischen Männerarmee und «weiblicher Zivilgesellschaft» nur in eine Richtung: Zwar bestand die Armee praktisch vollständig aus Männern, die Zivilgesellschaft aber nicht einfach aus Frauen. Denn zum einen blieben die älteren Männer sowie die Funktionsträger schon während der Generalmobilmachung zu Hause, zwar meist von paramilitärischen Organisationen erfasst, was das militärische Prinzip verstärkte, aber im Zivil- und Berufsleben präsent. Zum andern war die Armee nur für relativ kurze Zeit vollständig mobilisiert, nämlich gleich zu Beginn des Krieges und um den Mai 1940. Die übrige Zeit gingen relevante Teile der Armeeangehöri-

37 Dejung 2006.

38 So hat Ronny Kaufmann gezeigt, dass deutschschweizerische Militärzeitschriften bereits lange vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs die Armee als männlich und oppositionelle sozialistische, pazifistische und antimilitaristische Strömungen als «weiblich» profilierten. In diesen Medien galt der «Primat des Militärischen» (auch vor dem Politischen), «zivile Bildung und ziviles Leben» wurden als unmilitärisch ausgegrenzt. Kaufmann 2003, S. 166 f.

39 Annette Frei hat darin eine diskursive Prägung vermutet, die die lang dauernde Verweigerung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen begünstigt habe. Frei Berthoud 1998.

40 Vgl. dazu Dejung/Stämpfli (2003) sowie darin zitierte Literatur.

41 Diesen Widerspruch zwischen Diskurs und sozialer Realität betonen Dejung und Stämpfli (2003), insbesondere S. 16–18.

gen ihren zivilen Tätigkeiten nach. Aber im Bemühen, zu verdeutlichen, dass die schweizerische Bevölkerung für die Unabhängigkeit des Landes erhebliche Verzichtleistungen auf sich zu nehmen hatte, wurden die Schicksale von jungen Männern, die Hunderte von Tagen Aktivdienst leisteten, als Regelbiografie behauptet und etabliert. Da sich nach einer relativ kurzen Phase das Interesse der Geschlechtergeschichte von der Thematik der Frauen und der Geschlechterverhältnisse im Krieg abwandte, war ihr Impuls für die Revision der diesbezüglichen ideologischen Figur noch zu schwach. Vielfalt und Unterschiedlichkeit von Lebensläufen von Männern und Frauen im Krieg, aber auch von Leuten in unterschiedlichen Regionen und Gemeinschaften wurden allenfalls episodisch und an einzelnen Biografien erläutert, aber nicht strukturierend in die wissenschaftliche Deutung der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs überführt. Erhalten blieb die Ideologie des freiheitsverteidigenden und verzichtbereiten, solidarischen und humanitär agierenden Volkes.⁴²

Die Befunde der Forschung zu den schweizerischen jüdischen Organisationen und zur jüdischen Bevölkerung in der Schweiz hätten weiter darauf hinweisen können, dass sich beim «Volk» auch die Frage der (zugebilligten) Zugehörigkeit stellt. In den letzten zwanzig Jahren hat diese Forschung deutlich gemacht, welche Grenzen der behaupteten gesamtschweizerischen Solidarität und humanitären Gesinnung auch in Teilen dieses «Volkes» gezogen wurden, etwa indem es kaum jemanden interessierte, dass es der jüdischen Bevölkerung in der Schweiz überbürdet war, den Lebensunterhalt von jüdischen Flüchtlingen zu finanzieren, oder welche enormen Schwierigkeiten es dieser bereitete, Unterkünfte oder Fluchtwege für Verfolgte und Gestrandete zu organisieren. Die systemische Sprengkraft dieser Sachverhalte für das Bild der solidarischen und humanitär agierenden Bevölkerung allerdings ist bislang kaum thematisiert worden. Selbst die rückblickende gesellschaftliche oder staatliche Würdigung solidarischer Taten Einzelner, die es durchaus gab,⁴³ mündet in der Regel nicht in die Ein-

42 Dejung (2006) hat auf der Grundlage von Erinnerungsliteratur die ideologische Nachkriegskonstruktion des Lebens in den Kriegsjahren untersucht und deutlich gemacht, dass die sogenannte Aktivdienstgeneration nie ein homogener Block war, sondern erst im Rückgriff auf dominante Muster der Deutung des eigenen Erlebens homogen konstruiert wurde (S. 373).

43 Eklatantes Beispiel ist der wohl erste thematisierte Fall, derjenige des St. Galler Polizeikommandanten Paul Grüninger. Keller 1998. Siehe auch Krummenacher 1998.

sicht, dass gerade die Betonung der Besonderheit dieser Taten für die allgemein verbreitete Haltung entlarvend ist. Die Kantonsgeschichte St. Gallen stellt hierbei eine Ausnahme dar, indem sie nicht nur das Wirken von Paul Grüninger würdigt,⁴⁴ sondern dieses auch mit den «üblichen» beziehungsweise «normalen» Verhaltensweisen und Praktiken kontrastiert.⁴⁵ Auch in der Nachkriegszeit war es eine Minderheit, die – mit Verweis auf eine als Versäumnis eingeschätzte Passivität während des Zweiten Weltkriegs – zu einer humanitären Asylpolitik aufrief.⁴⁶ Die nichtjüdische Gesellschaft im Allgemeinen hielt bis in die jüngste Vergangenheit beim Blick zurück auf das Handeln der Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg keine Korrekturen für nötig, weder mit Bezug auf den aktuellen Umgang mit Migration noch bei der Einschätzung der Ideologie des freiheitsverteidigenden und verzichtsbereiten, solidarischen und humanitär agierenden Volkes – und so hat es auch die allgemeine Forschungsliteratur gehalten.⁴⁷ Erst seit knapp zehn

44 Lemmenmeier 2003, S. 77. Der St. Galler Polizeikommandant Paul Grüninger ermöglichte jüdischen Flüchtlingen die Überquerung der Schweizer Grenze im St. Galler Rheintal, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/031806/2006-02-24>, 28. 6. 2024.

45 Lemmenmeier 2003, S. 78 f. In Erweiterung des Umfeldes der Flüchtlingspolitik in St. Gallen setzt sich zudem Silvio Bucher (2003, S. 205–224) mit dem Wirken von Fronten und nationalsozialistischen Gruppen und Personen in kantonalen Institutionen auseinander.

46 Espahangizi 2023, Kap. 2.

47 Nach einer Phase, die mit den Forschungen im Rahmen von und im Umfeld der «Bergier-Kommission» zu Themen der wirtschaftlichen Verstrickungen der Schweiz mit dem Deutschen Reich und insbesondere ihrer Positionierung und ihrem Handeln im Kontext der Ausraubung, Verfolgung und Ermordung europäischer Jüdinnen und Juden von intensiven innerwissenschaftlichen und geschichtspolitischen Auseinandersetzungen begleitet war, kamen die Forschungen spezifisch zu diesem Zeitraum zum Erliegen. Historikerinnen und Historiker wandten sich nun durchwegs innenpolitischen Fragen beziehungsweise Themen des Verhältnisses zwischen Staat und Bevölkerung zu. Sie griffen für die längere Phase des Sozialstaats gemeinsam mit Betroffenen Formen, Zusammenhänge, Handlungen und Akteure der unterschiedlichen Zwangsmassnahmen auf, um damit ein weiteres tabuisiertes Kapitel der schweizerischen Zeitgeschichte ans Licht zu bringen. Nationales Forschungsprogramm (NFP) 51 «Integration und Ausschluss», www.snf.ch/de/lhkKqpmDRUIVqKrO/seite/fokusForschung/nationale-forschungsprogramme/nfp51-integration-ausschluss, 13. 7. 2023; NFP 76 «Fürsorge und Zwang», www.nfp76.ch/de, 13. 7. 2023; Unabhängige Expertenkommission Administrative Versorgungen, www.uek-administrative-versorgungen.ch/startseite, 13. 7. 2023. Dabei beginnen sich diese Themen, die Verstrickungen mit dem Nationalsozialismus und der von (struktureller) Gewalt durchgezogene Umgang mit Teilen der Bevölkerung, zu verbinden. Jüngst hat Yves Demuth dies am Beispiel der (Zwangs-)Arbeiterinnen bei Bührlé (und anderswo) dargestellt: Akte Bührlé. Zwangs-

Jahren verdichten sich sowohl geschichtskulturelle wie geschichtswissenschaftliche Anstrengungen, um die «Verstrickung der Schweiz in die nationalsozialistischen Verbrechen» systematischer zu erforschen und in Erinnerung zu rufen. Die Planung eines «Memorials für die Opfer des Nationalsozialismus» soll unter anderem thematisieren, dass «der Schweizer Staat in jener Zeit in vielen Fällen seinen verfolgten Bürgerinnen und Bürgern und den Schutzsuchenden keine sichere Herberge bot», und gleichzeitig «den Mut derjenigen Personen [...] würdigen, die sich für Flüchtlinge eingesetzt oder sich dem nationalsozialistischen System entgegengestellt haben».⁴⁸ Damit wird es einen Beitrag dazu leisten, soziale, kulturelle und rechtliche Ungleichheiten in der Stellung der einzelnen Menschen beziehungsweise einzelner Bevölkerungsgruppen zu verdeutlichen. Gleichzeitig wird es die Unterschiedlichkeit des Handelns der schweizerischen Bevölkerung und der staatlichen Institutionen sichtbar werden lassen.

arbeit in der Spinnerei. *Schweizerischer Beobachter*, 26. 8. 2021, www.beobachter.ch/gesellschaft/akte-buhrle-zwangsarbeit-in-der-spinnerei-347069, 17. 7. 2023. Vgl. auch Demuth (2023) zu Zwangsarbeiterinnen in der Nachkriegszeit. Zu Bührlers Erwerb von Spinnereien und den Zwangsarbeiterinnen, die für ihn arbeiteten, insbesondere S. 64–97.

48 Konzeptpapier «Memorial für die Opfer des Nationalsozialismus», <https://swissmemorial.ch>, 23. 11. 2024, Zitate S. 11. Wichtige Forschungsarbeiten dazu sind Spörri/Staubli/Tuchschnid 2019 sowie Redolfi 2019. Zu einem knappen Überblick über die geschichtskulturellen Anstrengungen und staatlichen Positionierungen vgl. das genannte Konzeptpapier.